



Pressemitteilung

Nummer 129 vom 8. November 2023
Seite 1 von 3

Pressestelle

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin
TELEFON +49 30 18 529-3170
FAX +49 30 18 529-4262
E-MAIL pressestelle@bmel.bund.de
INTERNET www.bmel.de

Bundesregierung billigt Agrarpolitischen Bericht 2023

Özdemir: „Handlungsbedarf für eine zukunftsfeste Landwirtschaft“

Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig von existenzieller Bedeutung. Gleichzeitig stand der Sektor in den vergangenen Jahren erheblich unter Druck und damit steigt der Handlungsdruck für eine zukunftsfeste Landwirtschaft enorm. Das geht aus den Zahlen und Statistiken im Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung hervor, den das Bundeskabinett heute auf Vorlage von **Bundesminister Cem Özdemir** gebilligt hat. In der Landwirtschaft erzeugten 2020 laut Landwirtschaftszählung, fast eine Million Menschen Waren im Wert von 50 Milliarden Euro. Die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft und der vor- und nachgelagerten Bereiche lag bei knapp 218 Milliarden Euro. Auch für den Arbeitsmarkt hat die Ernährungswirtschaft eine große Bedeutung. 2021 waren hier rund 4,4 Millionen Menschen beschäftigt. Etwa jeder zehnte Arbeitsplatz kann in der Bundesrepublik diesem Bereich zugerechnet werden.

Cem Özdemir: „Mein großer Dank gilt den Landwirtinnen und Landwirten und den Betrieben der Ernährungswirtschaft, die mit ihrer Arbeit unsere Ernährung mit einer großen Vielfalt an hochwertigen Lebensmitteln sichern. Unser Bericht zeigt die Leistung, die jeder Hof tagtäglich für uns erbringt – trotz der gravierenden Folgen der Corona-Pandemie, des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine oder der Klimakrise.“

Die Landwirtschaft befindet sich seit Jahren in einem Veränderungsprozess, der die Betriebe teils erheblich herausfordert. So ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 2010 und 2020 um 36.100 auf 262.800 gesunken – das entspricht im Schnitt etwa zehn Betrieben pro Tag sowie einem Verlust jedes siebten Arbeitsplatzes. Maßgeblich betroffen war der Bereich der Tierhaltung. Allein die Zahl der Schweine haltenden Betriebe hat sich in dem Zeitraum von rund 60.000 auf 32.000 fast halbiert. Der Bericht verdeutlicht, wie stark gerade die Bäuerinnen und Bauern in den vergangenen Jahren unter Druck standen. Die Einkommen schwankten über die Jahre teilweise stark. Für die Landwirtinnen und Landwirte bedeutete dies, dass sie mit einiger Planungsunsicherheit umgehen mussten. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen möglichst krisenfest zu gestalten, damit die Betriebe erfolgreich und nachhaltig wirtschaften können.

Dazu sagt **Bundesminister Özdemir**: „Unser Bericht legt offen, dass die Politik des ‚Wachse oder Weiche‘ einen starken Strukturwandel befeuert hat. Viel zu viele Höfe mussten aufgeben. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind zu Veränderungen bereit, brauchen aber Planungssicherheit. Mein Ministerium unterstützt dabei, Schützen und Nutzen in Einklang zu bringen. Getreu der Maxime: die Gewinne von heute dürfen nicht auf Kosten unserer Zukunft gehen.“

Der Bericht nimmt auch die sich verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick. So sank etwa der Pro-Kopf-Verzehr von Schweinefleisch zwischen 2010 und 2020 von etwa 40 auf knapp 33 Kilogramm. 2022 waren es nur noch 29 Kilogramm. Immer mehr Menschen wollen wissen, wo und wie das Tier gehalten wurde, von dem das Fleisch stammt, das auf dem Esstisch landet. Sie wollen die Möglichkeit haben, mit ihren Entscheidungen dazu beizutragen, dass sich Dinge zum Besseren verändern. Das treibt gerade Jüngere an, die ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, dass Nachhaltigkeit sowohl gut ist für die Gesundheit als auch für den Planeten.

Dazu erklärt **Cem Özdemir**: „In dem wir eine zukunfts- und krisenfeste Tierhaltung auf den Weg bringen, die zugleich wertvolle Wirtschaftskreisläufe schließt, reagieren wir auch auf diese gesellschaftliche Entwicklung. Die verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung ist beschlossen. Wir regeln die Herkunftskennzeichnung soweit wie möglich auf nationaler Ebene und setzen uns für EU-weite Standards ein. Wir haben die Finanzierung einer zukunftsfesten Tierhaltung auf den Weg gebracht. Wir wollen auch den Menschen gerecht werden, die weniger oder kein Fleisch essen wollen. Unsere Eiweißpflanzenstrategie ist eine große Chance für unsere heimische Landwirtschaft. Wir nehmen alle Bedürfnisse ernst und schaffen echte Wahlfreiheit.“

Für eine zukunfts- und krisenfeste Produktion setzt die Bundesregierung auf 30 Prozent Bio bis 2030. Damit werden Landwirtinnen und Landwirte unterstützt, das Schützen und Nutzen unserer Ressourcen noch besser in Einklang miteinander zu bringen. Gleichzeitig machen sich Betriebe so auch unabhängiger von teuren und energieintensiven Produktionsmitteln. Das zahlt sich ökonomisch nicht nur für die Höfe aus, sondern trägt auch nachweislich dazu bei, dass die Lebensmittelpreise besser der Inflation trotzen.

Hintergrund:

Der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung muss dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre vorgelegt werden. Der Bericht bietet eine wichtige Standortbestimmung zur Situation der Landwirtschaft in Deutschland. Der Bericht informiert über die Lage der Landwirtschaft und der ländlichen Räume, aktuelle Entwicklungen und die Politik der Bundesregierung.

Ausgewählte Daten und Fakten des Berichts 2023:

- Etwa die **Hälfte der Landesfläche Deutschlands** sind **landwirtschaftlich genutzt** .
- Im Jahr 2020 haben rund **eine Million Menschen** in knapp **263.000 landwirtschaftlichen Betrieben** **Waren im Wert von rund 50 Milliarden Euro im Jahr** .
- Die **Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe** in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich **zurückgegangen** . Zwischen **2010 und 2020 haben 36.100 Betriebe aufgegeben** . Vor allem die **Zahl der Schweine haltenden Betriebe** ging in dem Zeitraum von rund **60.000 auf 32.000 zurück** .
- Der **Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch** sank zwischen **1999 und 2021** von knapp **55 auf 43 Kilogramm** , der **Pro-Kopf-Verzehr bis auf 29 Kilogramm im Jahr 2022** .
- Immer mehr Betriebe in Deutschland stellen auf ökologischen Landbau um. Insgesamt wirtschafteten Ende **2022 fast 37.000 Höfe in Deutschland ökologisch – jeder siebte Hof** . Das entspricht 14,2 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe.
- Im Berichtszeitraum waren **große jährliche Einkommenschwankungen in der Landwirtschaft** zu verzeichnen. Zwischen 2012 und 2022 lagen die Extreme der durchschnittlichen Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft) in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben zwischen 26.900 Euro (Wirtschaftsjahr 2015/16) und 46.100 Euro (Wirtschaftsjahr 2021/22).
- Die Situation am Bodenmarkt spitzte sich zu: Die **Pachtpreise stiegen zwischen 2010 und 2020 im Bundesschnitt um 62 Prozent** an, die **Kaufpreise stiegen noch stärker** .
- Die **Preise für Betriebsmittel stiegen an** , im Berichtszeitraum insbesondere wegen gestiegener Energiepreise. Gaben die **Betriebe im Jahr 2010 pro Hektar durchschnittlich noch 91 Euro für Pflanzenschutzmittel (ökologische Betriebe: 2 Euro) und 112 Euro für Düngemittel (ökologische Betriebe: 15 Euro)** aus, mussten die Höfe im Wirtschaftsjahr **2021/22 bereits 121 Euro (ökologische Betriebe: 3 Euro) bzw. 206 Euro (ökologische Betriebe: 24 Euro)** investieren. Unter den Preissteigerungen und -schwankungen leiden vor allem Betriebe, die sehr stark auf den Zukauf von Dünger, Futtermittel oder Pflanzenschutzmittel angewiesen sind. Die Preissteigerungen schlagen sich auch in höheren Verbraucherpreisen nieder. Bio-Produkte haben sich als inflationsfester erwiesen.

Den Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung finden Sie [hier](#).